

## **Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht, 09.11.2019, 17 Uhr**

*- Es gilt das gesprochene Wort. -*

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Schülerinnen und Schüler,

„Never again! – Nie wieder!“ lautet ein Nachkriegsversprechen Deutschlands. Dieser Satz ist zu einer Botschaft geworden, mit der an Gedenktagen an den Holocaust erinnert und gemahnt wird. Es ist ein Satz, der nicht zur Floskel werden darf und der nicht nur an Gedenktagen gilt. Heute erinnern wir an das Pogrom vom 9. und 10. November 1938, an die Nacht und den nachfolgenden Tag, an dem die offene Gewalt gegen Juden in Deutschland – auch in Euskirchen – begann und im Massenmord endete.

Der 9. November ist aber nicht nur ein Tag des trauervollen Rückblicks in die NS-Vergangenheit; er ist auch ein Tag des sorgenvollen Blicks in die Gegenwart und Zukunft.

Gleichzeitig ist der 9. November aber auch ein besonderer Tag der jüngeren deutschen Geschichte: Heute vor genau 30 Jahren wurde die Berliner Mauer geöffnet, die Wiedervereinigung der beiden Deutschen Staaten nahm ihren Beginn. Das ganze Land – beide Seiten des Landes – feierte den Erfolg der friedlichen Revolution im Osten.

Und heute? Es ist gerade einen Monat her, als in Halle ein rechtsextremer Terrorist dabei scheiterte, ein Attentat mit vielen Opfern zu verüben. Er ermordete zwei Menschen, die zufällig seinen Weg querten. Sie werden als Opfer eines skrupellosen Mörders in Erinnerung bleiben. Sein Ziel war allerdings, so viele Juden wie möglich zu töten, am höchsten jüdischen Feiertag, Jom Kippur, in ihrem Gotteshaus. Er scheiterte nicht an der Polizei, er wurde auch nicht von anderen Menschen abgehalten und seine Planung wurde nicht im Vorfeld erkannt und vereitelt. Er scheiterte auch nicht an einem entschiedenen politischen Kampf gegen Radikalisierung. Tatsächlich scheiterte er an der Tür der Synagoge. Dass die Technik Leben gerettet hat, ist zwar ein Glück, aber trotzdem nur ein schwacher Trost: Denn wenn nur noch Sicherheitstechnik hilft, hat die Gesellschaft bereits versagt.

Aktuell gelten ca. 24.000 Menschen in Deutschland als rechtsextrem, davon etwa die Hälfte auch als gewaltbereit. Dies ist eine erschreckend hohe Zahl. Allein in Nordrhein-Westfalen gab es in der Zeit vom 1.1.2018 bis 30.6.2019 rund 400 antisemitische Straftaten, von Beleidigung über Volksverhetzung bis hin zu Sachbeschädigung und Körperverletzung. Seit einigen Jahren ergreift die Polizei Schutzmaßnahmen für Synagogen: Videoüberwachung, Personenkontrollen und Polizeipatrouillen werden eingesetzt, wenn Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland beten möchten. Es ist traurig und beschämend, dass solche Maßnahmen notwendig sind.

Rechtsradikale senden Morddrohungen an demokratische Politiker- und Politikerinnen - im Fall von Walter Lübcke ist es nicht bei einer Drohung geblieben. Die sozialen Netzwerke machen es möglich, dabei anonym zu bleiben. Parolen wie „Nazi“, „Juden raus!“ oder „Ausländer raus!“ werden in den sozialen Medien täglich benutzt und werden weitgehend einfach hingenommen. Eine Frau, die hartnäckig Nazi-Aufkleber im öffentlichen Raum beseitigte und übermalte, wurde dagegen von einem Amtsgericht wegen Sachbeschädigung verurteilt.

Es gibt sogar Politiker, die versuchen, den Holocaust zu negieren oder zumindest seine Ausmaße klein zu reden. Sie propagieren eine vermeintliche Überfremdung Deutschlands. Wie die letzten Wahlergebnisse insbesondere in Ostdeutschland zeigen, haben sie damit auch noch Erfolg. Dieser Trend hat sich bereits bei der Europawahl in diesem Jahr gezeigt. Aber auch in den westlichen Bundesländern ist ein gewisser „Rechtsruck“ spürbar.

Historiker in Deutschland mahnen: Sie erinnern an die instabilen politischen Verhältnisse während der Weimarer Republik und ziehen Parallelen: Leicht vergisst man, dass Hitler und die NSDAP völlig

legal in einem bis dahin demokratischen Rechtsstaat an die Macht kamen. Die NSDAP schaffte es innerhalb von zwölf Jahren, von ihrer Gründung im Jahr 1920 bis zu den Reichstagswahlen 1932, zur stärksten Partei im Deutschen Reich zu werden. Bei den letzten freien demokratischen Wahlen am 6. November 1932 hatte sie 33,1 % aller Stimmen erhalten. Reichspräsident Paul von Hindenburg ernannte Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler als Führer der stärksten Fraktion.

Viele demokratische Politiker glaubten damals, die Partei „zähmen“ zu können, wenn sie erst einmal an der Macht sei. Auch Thomas Eßer, unser Euskirchener Zentrumsabgeordneter, reichte Hermann Göring im Reichstag die Hand. Sie alle haben sich getäuscht, sie haben die rechte Radikalität und die verbrecherische Brutalität der NSDAP unterschätzt.

Fragt man nach den Wählern der NSDAP, so waren dies in der Mehrzahl Menschen aus der „bürgerlichen Mitte“, die von den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der Weimarer Republik enttäuscht waren. Es waren „Wutbürger“, die sich unabhängig davon, wo sie herkamen, „abgehängt“ fühlten, und nach politischen Alternativen suchten. Eine zweite Gruppe, die der NSDAP zu ihren Wahlerfolgen verhalf, waren die jungen Wähler, die für ihre Zukunft keine Chancen sahen und diejenigen, die sich bislang nur wenig für Politik interessiert hatten. Heute nennen wir sie „Protestwähler“.

Die Historiker beurteilen das Wahlverhalten im Jahr 1932, als die NSDAP zur stärksten Partei aufstieg, als einen „Extremismus der Mitte“. Ich spreche nicht von den tatsächlichen Anhängern der Partei, sondern von ihren Wählern, die erst durch ihr Votum die Machtergreifung der NSDAP und die fatalen Folgen möglich machten.

Nie wieder? Schon wieder? Immer noch? Wir müssen uns ernsthaft die Frage stellen, wie weit wir heute noch von einer solchen Entwicklung entfernt sind.

Meine Generation ist die erste, die in Deutschland in demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Verhältnissen geboren wurde, aufwachsen und älter werden konnte. Einen Krieg haben wir dank dieser Verhältnisse nicht erleben müssen. Der Fall der Mauer und die folgende Wiedervereinigung wurden zunächst als größtes Glück für das Land empfunden. Bei vielen stellte sich jedoch schon kurze Zeit später Ernüchterung ein. Wir müssen uns fragen, ob wir etwas versäumt haben. Die Vergangenheit eines zwölfjährigen nationalsozialistischen Unrechtssystems mit seinen fatalen Folgen haben wir aufgearbeitet, wir erinnern, gedenken und setzen Mahnmale. Aber haben wir vielleicht versäumt, den Wert der Demokratie an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben? Oder ist sie zu selbstverständlich geworden? Oder wurden bei der Wiedervereinigung vielleicht Fehler gemacht, die die heutige Entwicklung befördert haben?

In Deutschland ist der Kampf gegen Rechts und insbesondere gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit immer eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Das ist die Verantwortung, die uns die eigene Geschichte übertragen hat und für die jeder einzelne etwas tun muss.

Wir gedenken heute, am Jahrestag des Novemberpogroms des Jahres 1938, aller Opfer des Holocausts. In dieses Gedenken möchte ich die Opfer von Halle mit einbeziehen. Durch unsere Erinnerung an die Opfer machen wir uns gemeinsam dafür stark, dass das Versprechen „Niemals wieder!“ kein leeres Versprechen bleibt.